

SPD demokratischer pressediens

P. XXVI, '66
23. März 1971

Ein guter Schritt nach vorn

SPD-Gewinne in Rheinland-Pfalz positiv
für Land und Bund

Von Wilhelm Dröscher MdB
Landesvorsitzender der rheinland-pfäl-
zischen SPD

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Fluglärmsschutz immer drängender

Mahnungen des Internationalen Kongresses
in Zürich

Von Klaus Konrad SPD-MdB
Mitglied des Innenausschusses des
Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Richtlinien für die Durchführung der Wahlen
zu den Vorständen in der Deutschen Kommuni-
stischen Partei" (2)

Seite 5 und 6 / 67 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Presseabteilung I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 67 - 38
Telex: 896 646/666 647/
896 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein guter Schritt nach vorn

SPD-Gewinne in Rheinland-Pfalz positiv für Land und Bund

Von Wilhelm Dröscher MdB

Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen SPD

Wer in den letzten Wochen, wer vor allem auch noch nach der Berliner Wahl, offen und öffentlich davon sprach, daß die SPD in Rheinland-Pfalz nicht nur nicht abnehmen, sondern die 36,7 Prozent der Landtagswahlen 1967 noch weiter hinter sich lassen werde, galt als Optimist, als "bodenloser Optimist" sogar. Ich gehörte zu jenen Optimisten, die daran glaubten, daß die bundespolitische Entwicklung sich in Rheinland-Pfalz wieder zugunsten der SPD, zugunsten der sozialliberalen Koalition wenden würde.

Dennoch: Nicht alle unsere Ziele sind erreicht worden. Eines davon, das Verhindern der absoluten Mehrheit der CDU, haben wir in der Tat nicht geschafft. Aber uns rheinland-pfälzische Sozialdemokraten ficht das aus zwei Gründen nicht an: Erstens hatte die CDU schon bisher in den Ausschüssen des Landtags die absolute Mehrheit, zum ändern war der CDU im 6. Landtag bei betont rückschrittlichen Gesetzgebungsvorhaben zu fast jeder Stunde die gleiche Stimmenzahl sicher wie ab 21. März: nämlich 53! Bei dem Hochschulgesetz haben beispielsweise 39 Sozialdemokraten und acht Freie Demokraten gegen die Regierungsvorlage gestimmt, aber angenommen wurde es mit den 49 Stimmen der CDU und den vier der NPD, also mit 53 Stimmen.

Die Fraktion der SPD zieht stärker denn je, mit 44 von 100 Abgeordneten, in das neue Landesparlament ein. Geschlossen und damit schlagkräftig geht diese Fraktion in die harten Auseinandersetzungen der nächsten vier Jahre, ganz gewiß immer in enger Tuchfühlung mit der Bundestagsfraktion und auch mit der Bundesregierung. Wir werden die Kontrollaufgabe sehr genau nehmen und den "Kohlsteinen" scharf auf die Finger sehen. Vor allem dann, wenn

sie - wie so oft in der zurückliegenden Zeit - Partei- und Staatsgeschäfte in unzulässiger Weise vermengen. Wir werden aber, wie schon die alte Fraktion, die Landesregierung nicht nur kritisieren, sondern vor allem auch mit oppositionellen Alternativen in der Sache konfrontieren. Eines werden wir sicher nicht tun: Das billige, weil obstruktive Spiel der Bonner Opposition nachzuahmen, die die fehlende Alternative in der Sache durch Lautstärke und vielfach auch Hysterie zu ersetzen sucht.

Wäre der rheinland-pfälzische Wähler in den letzten vier Wochen des Wahlkampfes von der CDU auch nur zur Hälfte sachlich geführt worden - am schlimmsten war fraglos die hemmungslose Inflationshysterie nach CSU-Vorbild -, die CDU wäre zu keinen Zunahmen gekommen, die absolute Mehrheit wäre kaum zu erreichen gewesen. Was einzelne Detailergebnisse vermuten lassen, dürften Analysen noch bestätigen: Daß es der CDU gelungen ist, in einem Teil der Wählerschaft buchstäblich Angst zu erzeugen. Und Angst ist noch allemal ein schlechter Ratgeber gewesen. Opfer der hysterischen Inflationsschreie waren wohl vor allem ältere Menschen, die vergessen haben, daß es in Deutschland bislang wirkliche Inflationen und Währungsschnitte nur nach verlorenen Kriegen gegeben hat, die von Kreisen verursacht wurden - hier sei Alex Möller nochmals zitiert - den parteipolitischen Vorläufern der CDU/CSU näher gestanden haben als den Sozialdemokraten.

Der 21. März hat für die SPD in Rheinland-Pfalz, aber auch für die sozialliberale Koalition im Bund viele, überwiegend positive Aspekte. Die sozialliberale Koalition in einer Bundesversammlung wäre durch das Wahlergebnis z.B. keineswegs geschwächt, die der Schröder-Koalition von 1969 nicht gestärkt, denn die NPD-Stimmen waren damals dem CDU-Kandidaten zugutegekommen. Wichtiger aber ist natürlich, daß sich gezeigt hat, daß Stimmabnahmen der Koalitionsparteien im Bund bei Zwischenwahlen in den Ländern zwar seit Jahr und Tag wahrscheinlich sind, daß aber deutliche Ausnahmen erstritten werden können. (-/ex. 23.3.1971/bgy)

+ + +

Fluglärmschutz immer drängender

Mahnungen des Internationalen Kongresses in Zürich

Von Klaus Konrad SPD-MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Dem Ruf der Internationalen Vereinigung gegen die schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs waren zu ihrem internationalen Kongreß "Fluglärmbekämpfung" annähernd 350 Teilnehmer aus 17 Ländern nach Zürich gefolgt. Die Sorgen, die sie gemeinsam bewegten, waren auf den ersten Blick zu erkennen. Die einen, in den Diskussionen mit harten Fragen hervortretend, waren die Sachwalter des Bevölkerungsteils, der den Fluglärm als eine der ernsthaftesten Umweltgefahren betrachtet und mit Entschiedenheit zu bekämpfen bereit ist. Die anderen waren maßgebliche Vertreter der Behörden, der Flugplatzhalter, der Luftfahrzeughalter und der einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen, die in ihren Vorträgen und Diskussionsbeiträgen unausgesprochen den warnenden Hinweis des Generaldirektors der Port of New York Authority, Mr. Tobin, beherzigten: "Heutzutage ist der Flugzeuglärm das größte Hindernis für die Weiterentwicklung der Flughäfen und dadurch auch das größte Hemmnis für das weitere Wachstum des Luftverkehrs."

Die Teilnehmerliste ließ erkennen, daß mit Ausnahme der BRD kein Teilnehmerland Mitglieder seiner gesetzgebenden Körperschaften entsandt hatte. Die beiden Mitglieder des Bundestags-Innenausschusses konnten mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß das am 12. Februar 1971 verabschiedete deutsche Gesetz zum Schutze gegen Fluglärm aufmerksame Beachtung fand und im wesentlichen der Kritik von fachkundiger Seite standhielt. Das im September 1970 der "Urnenabstimmung" unterworfenen Gesetz des Kantons Zürich gegen die Auswirkungen von Fluglärm und Abgasen wurde von Regierungsrat Günthard überzeugend erläutert und verteidigt. Wenn der Vergleich erlaubt ist, haben der David Zürich, der nur für einen Flughafen die Probleme zu lösen hatte, und der Goliath Bundesrepublik, der die ganz verschiedene Ausgangslage bestehender und zu planender Flughäfen zu bewältigen hatte, dieselben Grundsätze angewandt, wenn auch unterschiedlich ausgestaltet. Die Entschädigung der Bevölkerung am Rande des Flughafens ist in Zürich besser entwickelt. Aber es muß doch nachdenklich stimmen, daß bisher nur die Bundesrepublik und der Kanton Zürich, in dem einer der drei schweizerischen Verkehrsflughäfen liegt, der Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates Nr. 538 vom 26. September 1968 über die Bekämpfung des Fluglärms entsprochen haben.

Alle Referenten waren bemüht, dem Kongreß vorzutragen, daß die vom Fluglärm ausgehenden Belastungen behebbar seien. Die Planer entwarfen raumordnerische Zukunftsbilder von Großflughäfen, deren Zahl entschieden zu begrenzen und deren Lage in dünn besiedelten Gebieten vorzusehen sei. Für die Luftfahrtgesellschaften und die Fabrikanten schien es selbstverständlich zu sein, daß leise Triebwerke und Einschränkungen im Flugbetrieb, besonders zur

Nachtzeit, im Bereich des Möglichen liegen. Aber abgeschlossen wurden diese Betrachtungen immer mit dem unüberhörbaren Hinweis, daß die Lösung des Zielkonflikts zwischen schnellstmöglicher Beförderung von Menschen und Fracht auf der einen und dem Ruhebedürfnis der Bevölkerung auf der anderen Seite unendlich viel Geld kosten wird. Gelegentlich bewirkte die Zuversicht der Wissenschaft das Gegenteil bei den Zuhörern: Wenn wirklich Krankenhäuser und Schulen sich durch Schallschutzmaßnahmen hermetisch gegen die Außenwelt abschließen lassen, entsteht die bedrückende Aussicht auf eine "eingebunkerte Bevölkerung". Das wollte die Mehrzahl der Teilnehmer nicht haben. Dagegen war befreite Zustimmung festzustellen, als die Entscheidung des amerikanischen Repräsentantenhauses bekannt wurde, eine weitere Rate für die Fortsetzung des Entwicklungsprogramms für das Überschallflugzeug "Boeing B 27 07" zu verweigern.

Daß sich in dem gemäßigten Klima Zürichs der Fluglärmkongreß auf dem Pfade echter Besorgnis hielt, und nicht zum Happening des gefühlsbetonten Widerstandes wurde, war bei dem Ernst des Themas nicht zuletzt dem Pfarrer Kurt Oeser aus Mörfelden bei Frankfurt/Main zu verdanken. Er ist der Präsident der gastgebenden Vereinigung und Erster Vorsitzender der deutschen Bundesvereinigung gegen Fluglärm. Nur vorsichtig deutete er die Entwicklung an, daß die Bevölkerung der in Planung befindlichen oder zur Erweiterung anstehenden Flughäfen zu Kämpfern im wahrsten Sinne des Wortes gegen die lärmenden Riesenvögel mit dem langen Abgasschweif werden könnte. Er mahnte in seinem Einleitungsvortrag und in der Leitung der Diskussion am ersten Tag alle, die mit Planung und Betrieb der Flughäfen, mit dem Bau der Flugzeuge und mit dem Flugplan befaßt sind, an den Menschen und sein - leider noch nicht geschriebenes - Grundrecht auf eine heile Umwelt zu denken. Für den Bonner Bundesgesetzgeber fand er ein freundliches Wort der Anerkennung.

Der Kongreß hat gezeigt, daß der Deutsche Bundestag den richtigen Weg eingeschlagen hat, als er mit seiner Entschliessung vom 16. Dezember 1970 die Bundesregierung ersuchte, schon zum 1. Oktober 1972 einen Bericht über die Erfahrungen mit dem Gesetz zur Bekämpfung des Fluglärms vorzulegen. In ihm sollen die Auffassungen der von Fluglärm betroffenen Bevölkerung und Gemeinden, der Flugzeughalter und der Luftfahrzeughalter ihren Niederschlag finden und die ausländischen Erfahrungen vergleichend betrachtet und ausgewertet werden.

(-/ex/23.3.1971/bgy)

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Richtlinien für die Durchführung der Wahlen zu den Vorständen
in der Deutschen Kommunistischen Partei" (2)

Unsere wichtigste Basis sind die Betriebsgruppen. Sie besser zu befähigen, zu einem richtigen Verständnis für die Verbindung des sozialen mit dem politischen Kampf zu kommen, erfordert die politisch-ideologische Qualifizierung der Gruppenarbeit.

Neben der Qualifizierung der Gruppentätigkeit - insbesondere der Betriebsgruppen - sollte auf den Versammlungen und Konferenzen beraten und beschlossen werden, in welchen Großbetrieben in den kommenden Monaten neue Betriebsgruppen aufgebaut werden.

Vor allen Gruppen steht die Aufgabe, neue Mitglieder zu werben. Je besser und konsequenter sich die Betriebsgruppen auch für die Interessen der werktätigen Frauen und Jugendlichen einsetzen, um so größer werden die Möglichkeiten für die Mitgliederwerbung.

Eine stärkere Orientierung der Partei auf die Arbeiterklasse verlangt auch eine bessere Zusammenarbeit, die gegenseitige Hilfe von Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen.

3/ Die bisherige Entwicklung der Partei und erste Analysen ihrer Aktivitäten sowie dabei aufgetretene Mängel und Schwächen zeigen, daß die systematische ideologische Arbeit zu einer entscheidenden Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Partei geworden ist. Verstärkte Bildungsarbeit ist notwendig, weil sich der Klassenkampf auf ideologischem Gebiet außerordentlich verschärft hat, weil intensive ideologische Arbeit in der Öffentlichkeit zu einem Erfordernis für die Erweiterung des Einflusses der Partei in der Arbeiterklasse und in der jungen Generation geworden ist. Dabei geht es vor allem um die Zurückdrängung des Einflusses rechts- und linksopportunistischer Auffassungen.

4/ Die bisher aufgetretenen Mängel unserer Parteiarbeit resultieren aber zum Teil auch aus der noch unzureichenden politischen Führungsarbeit der Vorstände. Die wachsenden politischen Anforderungen machen es notwendig, die Führungsarbeit politisch, ideologisch und organisatorisch zu qualifizieren und die kollektive Arbeit, bei gleichzeitiger Hebung der Eigenverantwortung, bei Durchsetzung der uns selbst im Statut auferlegten Prinzipien, zu verstärken.

Das muß erfolgen durch weitere allseitige Stärkung der Partei und ihrer Kampfpositionen, durch Weiterentwicklung ihrer Öffentlichkeitsarbeit und Aktionsorientierung, durch Vorbereitung der Partei auf die kommenden sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen, durch mehr Ausnutzung der Möglichkeiten, neue Mitglieder der Partei zuzuführen.

Die Wahlen in der Partei sind für alle Mitglieder, Gruppen und Vorstände ein bedeutungsvolles Ereignis, sie sind Ausdruck unserer